

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 39

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

Halver
Montag, den 16. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgeblühn 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Hierzu ein zweites Blatt und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

• Reichskanzler Dr. Luther ist, von der Unglücksbege, „Minister Stein“ bei Dortmund kommend, wieder in Berlin eingetroffen.

• Im Verlauf der Barmat-Untersuchung hat der vielfach dabei genannte Polizeipräsident Richter von Berlin seine Beurteilung vom Amt erbeten und erhalten. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ist eingeleitet.

• Der bekannte Berliner Rechtsanwalt und Justizrat Dr. Werthauer ist wegen des Verdachts der Beteiligung an strafbaren Handlungen Kautzlers verhaftet worden.

• Bei der Katastrophe auf der Zeche Minister Stein bei Dortmund sind im ganzen 129 Bergleute getötet, außerdem 6 verletzt worden.

Die Sorgen der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft wird nun die Bilanz ziehen; die Reichslandbundtagung, zu der dieser größte landwirtschaftliche Verband seine Mitglieder nach Berlin für Sonntag zusammenberufen hat, wird ihnen allen ein geschlossenes Bild über die Lage geben, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet. Und das Bild ist kein sehr erfreuliches. Wie alle Besten der Sachwerte, so haben auch die Landwirte in der Zeit der Inflation dem Anschein nach nichts verloren, nur hinzugewonnen. Wie irrtümlich das war, stellte sich heraus, als das Meer der Inflation zurückgeebte war und wir wieder auf trockenem Boden standen. Zuerst kam die Belastung durch die Rentenbankschuld, kam aber vor allen Dingen die Notwendigkeit für jeden Landwirt, ob groß oder klein, sich unbeirrt durch Papiermarkbillionen eine Rechnung über sein Soll und Haben aufzustellen. Und diese Rechnung ergab ein Saldo stark zu Ungunsten des Hohen.

Wie die gesamte Wirtschaft, so hat auch die Landwirtschaft unter der Kreditnot auf das furchtbare gelitten und leidet noch heute darunter, namentlich die mittleren und kleinen Landwirte. Dazu gesellte sich der überaus starke Steuerdruck und es werden möglicherweise gegen den ehemaligen Finanzminister Dr. Luther harte Worte auf der Landbundtagung fallen, weil ja im Haushalt des Reiches übermäßig starke Überschüsse erzielt worden sind.

Nun hat die Rentenbank bekanntlich der Kreditnot zu steuern versucht dadurch, daß sie Rentenbankkredite zur Verfügung stellt. Doch haben diese Kredite die Summe von 900 Millionen Rentenmark kaum überschritten und das ist gänzlich ungenügend. Nun wird von sachverständiger Seite der Durchschnittskreditbedarf in der Landwirtschaft vor dem Kriege auf etwa 5 Milliarden Mark geschätzt; dabei war damals die Steuerlast eine weit geringere. Da dieses Bedürfnis nach Kredit überstark war, ging man angesichts der Kreditperre der Rentenbank auf den Weg des schwarzen Kredits. Im Barmat-Untersuchungsausschuß ist neulich ein Gutachten der Berliner Handelskammer über die Kreditgewährung der Firma Kautzler an eine Esfurter Firma zur Sprache gekommen. In diesem Gutachten hat die Kammer erklärt, daß der Zinsfuß, den Kautzler für ein zehntägiges Darlehen verlangte, nämlich 22% täglich, im Oktober 1923 als nicht übermäßig hoch zu bezeichnen wäre. Also kann sich auch der Aufseher der dieser Mitteilung schon ein Bild machen davon, wie völlig unmöglich es für den Landwirt war, Kredit zu bekommen. Kurzfristiger Kredit nützt ihm an und für sich schon wenig, aber langfristiger bekam er nicht. Und wenn er ihn bekam, zu Zinsen, die ihn erwürgten.

Es ist ja manches besser geworden auch auf diesem Gebiete. Doch ist der Kredit, den jetzt große Teile der Landwirtschaft aufgenommen haben, ein solcher, der als völlig unwirtschaftlich zu bezeichnen ist. Das hauptsächlich landwirtschaftliche Produkt in Deutschland, der Roggen weist einen Preis auf, der wenig über dem Friedenspreis steht. Angesichts dieser Tatsache ist natürlich ein Kredit, der mit 24 bis 30 % zu verzinsen ist, nicht als eine wirtschaftliche Hilfe zu betrachten. Außerdem besteht die Schwierigkeit, daß die kreditgebenden Organisationen sich leider viel zu wenig auf die Kreditfingabe an mittlere und kleine Landwirte einstellen wollten, sondern bei der Anlage von Kapitalien für längere Frist den Großgrundbesitz bevorzugen, weil es sich hier natürlich um größere Summen handelt. Die Kreditgenossenschaften, die für den mittleren und kleinen Betrieb in Frage kommen, sind nur in einem langsamen Wiederaufbau begriffen und stehen dem riesigen Kreditbedarf ziemlich hilflos gegenüber.

Nun hat ja der Londoner Bank und die dadurch herbeigeführte Beseitigung der Rentenmark und dann der Rentenbank als Währungsinstitut im landwirtschaftlichen Kreditwesen eine Änderung herbeigeführt, die die Rentenbank wieder stärker als Kreditinstitut in die Erscheinung treten läßt. Aber die Reichsbank als eigentliche Zentralstelle für das gesamte Kreditwesen bleibt der Landwirtschaft gegenüber in der Kreditfrage sehr zurückhaltend. Bezeichnend ist ja auch, um das nicht zu vergessen, die Verwendung der Postkredite, die fast reiflos der Industrie zugute kamen.

Die Aufgabe liegt also klar: Was an Krediten überhaupt der Landwirtschaft zugute kommen kann — und das ist viel mehr, als bisher zur Verfügung gestellt wurde —, muß in die Kreditorganisationen der mittleren und kleinen Landwirte hineingebracht werden. Gewiß sind diese Betriebsgrößen nicht diejenigen, die für die Schaffung der Ernährungsbasis des deutschen Volkes in Frage kommen. Aber dort herrscht die Not. Und es erregt starke Verbitte- rungen, wenn man sieht, wie diese Not nicht gemildert

wurde, jene Millionen aber, die man zu verschaffen den Schiebern ein leichtes gewesen ist, nun verlorengegangen sind. Auch darüber wird auf der landwirtschaftlichen Woche wohl gesprochen werden.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Zur Neuwahl des Reichspräsidenten.

Im Frühsommer d. J. steht die Neuwahl des Reichspräsidenten bevor. In Berliner Blättern war vor kurzem gesagt worden, daß der Reichspräsident Ebert vor mehreren Monaten den Entschluß bekanntgegeben habe, eine neue Kandidatur nicht wieder anzunehmen und daß deshalb die republikanischen Parteien sich bei der kommenden Reichspräsidentenwahl auf Marx als gemeinsamen Kandidaten einigen würden. Dazu wird aus dem sozialdemokratischen Parteivorstand mitgeteilt, daß über die kommende Wahl des Reichspräsidenten bisher nur unverbindliche Vorbesprechungen stattgefunden haben, daß in diesen eine Einigung auf einen neuen Kandidaten nicht stattgefunden hat, wie auch von der behaupteten angeblichen Erklärung des Reichspräsidenten Ebert nichts bekannt sei.

Ende des Personalabbaus.

Der Reichsrat beschloß, daß das ganze Pensionskürzungsverfahren fortzuführen hat, daß also eine Pensionskürzung weder wegen des Einkommens aus Privatvermögen noch wegen des Arbeitseinkommens vorzunehmen ist. Darauf erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß sich die Reichsregierung vorbehaltend, wegen der Frage der Pensionskürzung eine eigene Vorlage an den Reichstag gelangen zu lassen. Im übrigen soll der Beamtenabbau, der noch in einigen Reichsverwaltungen, namentlich bei der Finanzverwaltung, notwendig werden dürfte, in Zukunft nur auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes vorgenommen werden. Damit ist der Personalabbau nach dem bisherigen Verfahren vollständig aufgegeben.

Dr. Luther für den Völkerrfrieden.

In einer bei seinem Aufenthalt in Karlsruhe gehaltenen Rede nannte der Reichskanzler als das Ziel seiner Regierung in der großen Politik, den wirklichen Frieden unter den Völkern zu fördern. Dr. Luther warnte weiter davor, wahllos Auslandskredite aufzunehmen, die aus den Ersparnissen der deutschen Volkswirtschaft zurückgezahlt werden müßten, betonte jedoch, daß die Kredite für die Landwirtschaft notwendig und gut angewandt seien, da sie im Interesse des ganzen deutschen Volkes lägen.

Das Verfahren gegen Höfle.

In dem Haftbefehl gegen Dr. Höfle ist mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft der Vorwurf der Untreue im Amt gestrichen worden, die Kredite an Barmat werden jedoch weiterhin als Anlagepunkt aufrecht erhalten. Wie weiter mitgeteilt wird, soll die Merkurbank dem früheren Minister Höfle Beträge gutgeschrieben haben, die niemals an ihn gelangt sind. — An Frau Dr. Höfle ist von einem Entlassen des Barmat-Konzerns ein neuer Expressionsversuch verübt worden, es gelang jedoch dieses Mal, den Betrüger zu verhaften.

Stresemann für Ausbau des Auswärtigen Dienstes.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes im Haushaltsausschuß warnte Außenminister Dr. Stresemann vor einem weiteren Abbau der im Auswärtigen Amt beschäftigten Kräfte, da dies verhängnisvolle Folgen für die auswärtige Politik Deutschlands nach sich ziehen würde. Dr. Stresemann setzte sich, nachdem jetzt die Mark stabilisiert sei, im Interesse Deutschlands für eine Personalvermehrung im Auswärtigen Amt ein, nachdem seit 1923 sein Personalbestand um 26 % vermindert worden sei.

Freiherr v. Malhan über Barmat.

Der vom Reichstag gewählte Barmat-Ausschuß ist nun auch wieder zusammengetreten und hat zuerst den zum deutschen Botschafter in Washington ernannten Herrn v. Malhan als Zeugen vernommen. Herr v. Malhan, der von Ende 1917 bis April 1919 Legationsrat bei der deutschen Gesandtschaft in Haag war, äußerte sich über Barmats Lebensmittelfirma in der republikanischen Zeit, und erklärte u. a., daß Julius Barmat über jede schlechte Auskunft, die über ihn gegeben wurde, genau unterrichtet war, da er telephonische Verbindungen mit dem Auswärtigen Amt hatte.

General Ludendorff legt die Reichsführerschaft nieder.

General Ludendorff gibt in einer Erklärung bekannt, daß er zusammen mit den Herren v. Grafe und Straßer die Reichsführerschaft der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands“ niederlege. Der General betont gleichzeitig, daß in seinem Verhältnis zu den völkischen Verbänden, deren Schirmherr er sei, keine Änderung eintrete. General Ludendorff ersucht die Verbände, sich einer besonderen und einseitigen politischen Betätigung zu enthalten, damit sie auch weiterhin das Bild voller Geschlossenheit bieten.

Die Vorgänge bei der Preuß. Landeskreditanstalt.

Ein neuer Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages ist zusammengetreten. Er beschäftigt sich unter dem Vorsitz des Abg. Leinert (Soz.) mit den Vorkommnissen in der Preussischen Landeskredit-Pfandbriefanstalt. Dem Leiter des Instituts, Geheimrat Lehning, werden unlautere Kreditgeschäfte mit den Herren von Gdors, von Zikewitz und von Carlo-witz vorgeworfen, wodurch die Anstalt und der preussische

Die Deutschnationalen an Marx.

n. Berlin, 13. Februar.

Obwohl der ehemalige Reichskanzler Marx, der zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt wurde, seine Bemühungen zur Bildung des Kabinetts andauernd fortsetzt, ist bis zur Stunde irgendein Fortschritt in der Angelegenheit nicht zu bemerken. Die Deutschnationale Landtagssraktion, an die Marx die Frage gerichtet hatte, ob sie sich an einer Regierung der Volksgemeinschaft beteiligen würde, hat ihre Antwort schriftlich gegeben. In dem Schreiben wird gesagt, die Fraktion bezöge sich auf den früheren Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die ausdrücklich das Eintreten der Deutschnationalen Volkspartei für die Volksgemeinschaft als Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volkskräfte betont. Weiter heißt es, man müsse voraussetzen, eine Regierung der Volksgemeinschaft in Preußen werde mit der Reichsregierung loyal zusammenarbeiten und sich in Preußen zu folgenden Zielen bekennen:

Christliche Jugendberziehung und Durchbringung des ganzen Volks- und Staatslebens mit christlichem Geist; Aufrechterhaltung geschichtlich begründeter Verpflichtungen des Staates zum finanziellen Eintreten für die christlichen Kirchen, bei voller Wahrung ihrer durch die Reichsverfassung gewährleisteten Selbstständigkeit; Ablehnung des mit der Volksgemeinschaft nicht verträglichen Klassenkampfgedankens; Pflege vaterländischen Denkens; pflegliche Behandlung aller auf gesetzlichem Boden stehenden nationalen Bestrebungen.

Ob auf Grund dieser Richtlinien Marx die Verhandlungen mit den Deutschnationalen fortsetzen will, ist zurzeit noch nicht bekannt.

Staat um sehr erhebliche Summen geschädigt sein sollen. Ministerialrat Conze teilte mit, daß die Regierung bereit sei, jede gewünschte Auskunft zu geben. Als Auskunftspersonen sollen zur nächsten Sitzung alle Vorstandsmitglieder der Landeskreditanstalt geladen werden. Geheimrat Lehning bestritt die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Großbritannien.

Chamberlain und der Sicherheitspakt. Im englischen Unterhaus äußerte sich der englische Außenminister Chamberlain über die viel besprochene Frage eines Sicherheitspaktes gegen Kriegsgefahr. Chamberlain erklärte, daß England den Dominionen noch nicht einmal die Formel eines sog. deutsch-englisch-französischen Sicherheitsvertrages unterbreitet habe, ja noch nicht einmal über Formel beraten habe, in die ein solcher Vertrag gekleidet werden könnte. Er betonte ferner, daß die Regierung niemals eine derartige Abmachung treffen würde, ohne sie erst dem Parlament zu unterbreiten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat nahm ein Gesetzentwurf über die Aufnahme von Auslandskrediten für Gemeinden und Gemeindeverbände an.

Paris. Über die finanzielle Lage Frankreichs werden in der letzten Zeit von der Presse beunruhigende Nachrichten verbreitet.

Paris. Der sozialistische Parteitag in Grenoble nahm vor seinem Schluß eine Verirausendkundgebung für die Politik des Kabinetts Herriot an.

Paris. Die Votschafterkonferenz kündigt an, daß sie wegen der Militärkontrolle eine ausführliche Note nach Berlin richten würde.

London. Die „Morningpost“ bestätigt den Fall von Diebaha. Nach langen Kämpfen ist das Königreich der Hebriden nunmehr vollkommen zerstört. Von seiner ehemaligen Größe ist nichts mehr übriggeblieben als Medina und ein oder zwei Städte im Norden.

Deutscher Reichstag.

(23. Sitzung.) CB. Berlin, 13. Februar.

Präsident Lobe machte zu Beginn der Sitzung Mitteilung von einem Beileidstelegramm des Danziger Volkstages anlässlich des Dortmund- und Unglücks. Neu eingetreten in den Reichstag ist der Nachfolger des ehemaligen Reichskanzler und Abgeordneten Bauer, der sozialistische Abg. Berl-Magdeburg. Die zweite Lesung des

Etat des Reichsarbeitsministeriums

wurde fortgesetzt. Dabei begründete der Abg. Koch-Düsseldorf (Dn.) einen Antrag, der die Reichsregierung ersucht, auf die Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß die weiteren Entlassungen von Arbeitern, insbesondere im besetzten Gebiet, unterbleiben.

Staatssekretär Geib erklärte, daß deswegen mit der Reichsbahn schon Gehör genommen sei.

Die Unzulänglichkeit der Kriegsserversversorgung hob bei Besprechung des Kapitels „Reichsversorgungsamt“ der Abg. Hofmann (Soz.) hervor. Abg. Brüninghaus (Dn.) befrucht, daß beim Reichsversorgungsgericht aus politischen Rücksichten geurteilt werde.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) begrüßte die Entscheidung des Reichsversorgungsgerichts in der Frage der Pension der Offiziere, wodurch eine Rechtssicherheit geschaffen worden sei.

Abg. Hofmann (Soz.) wies den erhobenen Vorwurf der Offiziershege zurück. Es handle sich lediglich um Rechtsfragen.

Abg. Nadel (Komm.) wandte sich dagegen, daß aus den Taschen der Steuerzahler auch noch die Pension für die Offiziere bezahlt würde.

Ministerialrat Kerschbaumer stellte in Aussicht, daß die hohen Beweiserhebungsstellen beim Versorgungsgericht sich im Laufe dieses Jahres erheblich verringern würden.

Die vorliegenden Anträge wurden dem Ausschuß für Kriegsschädigtenfragen überwiesen. Bei den einmaligen Ausgaben für Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Arbeiterschutz wurde vom Ausschuß u. a. die Vorlegung eines Hausgehilfengesetzes gefordert.

Abg. Frau Reiche (Soz.) hielt es für unerhört, daß die Hausangestellten immer noch kein Arbeitsrecht hätten.

Eine Entschließung Koch-Düsseldorf, die sich gegen die Arbeiterentlassungen und die Stilllegung richtete, wurde angenommen. Damit war die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Abg. Schulz-Bromberg (Dn.) beantragte dann, den nächsten Punkt der Tagesordnung, den sozialistischen Antrag auf Vorlegung eines Schankstättengesetzes abzulehnen. Da die Linke widersprach und das Bureau sich über die Mehrheit nicht einigen konnte, mußte Auszählung erfolgen. Die Absehung von der Tagesordnung erfolgte dann mit 141 gegen 131 Stimmen.

(Reichstag — Schluß.)

Ein Antrag des Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Vp.), wonach für die Weine des Jahrgangs 1924 die Zuckungsfrist bis zum 31. März 1925 erstreckt werden soll und ein ähnlicher Antrag des Abg. Koresell (Dn.) wurden nach kurzer Debatte angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Sonnabend.

Ermittlungsverfahren gegen den Berliner Polizeipräsidenten.

Vom Amte beurlaubt.

Berlin, 13. Februar.

Der Berliner Polizeipräsident Richter hat sich gezwungen gesehen, bis auf weiteres einen unfreiwilligen Urlaub anzutreten, der ihm auf ein Schreiben an den preussischen Minister des Innern bewilligt worden ist, da die Staatsanwaltschaft gegen ihn auf Grund vorgefundener neuen Materials in der Barmat-Affäre, das Richter schwer bekräftigen soll, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat.

Richter hat schon früher zugegeben, daß er mit Barmat seit einigen Jahren freundschaftlichen Verkehr pflegte, hat jedoch immer wieder bestritten, daß er irgendwelche Verfehlungen hätte zuschreiben können lassen. Die Staatsanwaltschaft scheint nun nach dem neuesten von ihr gefundenen Material anderer Meinung zu sein. Wie es heißt, soll sich Richter, ähnlich wie Minister Dr. Hölle, der passiven Befleckung und Begünstigung schuldig gemacht haben. Die passive Befleckung wird darin erblickt, daß Richter sich im Jahre 1919 12 000 Mark zur Ausstattung seiner Wohnung geliehen, das Geld aber nie zurückgegeben haben soll. Neben verschiedenen Vergünstigungen, die Richter den ihm befreundeten Barmats zuteil werden ließ, soll er außerdem dem Besitzer eines Vergünstigungsparks 790 000 Goldmark für Einquartierung zugewendet, dafür aber wieder Gegenleistungen erhalten haben. Auch Richters Privatsekretär, Stöcker, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, dem bereits stattgegeben wurde.

Polizei im Barmat-Ausschuß.

Drei kommunistische Ausschußmitglieder ausgewiesen.

Berlin, 13. Februar.

Ein Hauch von Langerweile liegt über dem Barmat-Ausschuß. Es geht beinahe friedlich her, und zu besonderer Aufregung liegt auch wirklich kein Grund vor. Kautskys Wohnungsverhältnisse steht zur Debatte. Halb Berlin lief ohne Wohnung herum, Kautskys aber, der Ausländer, bekam sofort eine. Wie war das möglich? Man sucht es in tiefmüßigster Weise festzustellen, und viele Aktenbündel werden durchforstet. Vertreter von Wohnungs- und Polizeibehörden sagen aus, aber es kommt nichts Rechtes dabei heraus. Da plagt mitten in diese vorläufige Nachmittagsstimmung ein Rauch hinein, ein Rauch von so anständigen Dimensionen, daß man sich in eine Plenarsitzung des Reichstages oder des Preussischen Landtages versetzt wähnt. Wie in solchen Fällen fast immer, geht er von den Kommunisten aus.

Der Zwischenfall.

Der kommunistische Abgeordnete Kollwitz bemängelt, daß die zu vernehmenden Zeugen sich schon vor ihrer Vernehmung im Saale aufhalten. Sie könnten dadurch in ihren späteren Aussagen beeinflusst werden, und es sei ja wirklich hinreichend, wenn sie sich die Komödie nachher vom Zeugenstand aus ansehen und anhören. Erregt springt der Vorsitzende Dr. Leibig auf und ruft den Abgeordneten Kollwitz wegen des ungehörigen Ausdrucks „Komödie“ zur Ordnung. Aber Kollwitz bleibt dabei, daß es eine Komödie sei. Zweiter Ordnungsruf. Ein dritter bedeutet nach gutem parlamentarischen Brauch Hinweis auf, und der Vorsitzende macht den renitenten Abgeordneten in ernster Weise darauf aufmerksam. „Und es ist dennoch eine Komödie“, sagt Kollwitz. Worauf der Vorsitzende den Herrn Abgeordneten ersucht, den Saal zu verlassen. Nun geht es ordnungsmäßig wie in den Parlamenten. Kollwitz und seine Genossen, die ihm Sekundanten dienen, bleiben sitzen und weigern sich, der Ausweisung Folge zu leisten. Räumung des Zuschauerraumes und der Pressebänke. Das heißt: Schupo wird kommen und Ordnung schaffen. Aber wenn man die Schupo braucht, ist sie nicht da. Man erkennt plötzlich mit Verwunderung, daß man bis dato ohne Parlamentswache gearbeitet hat. Versäumt muß nachgeholt werden, und Polizeipräsident Richter, der gerade wieder einmal als Zeuge zur Stelle ist, ruft telephonisch seine „Grünen“, die jetzt blau sind, herbei. Nach einer Weile marschieren fünf Schupoleute auf, und die drei kommunistischen Ausschußmitglieder werden sämtlich aus dem Saale geleitet. Ende des Zwischenfalles.

Herr v. Richter als Zeuge.

Die Verhandlung wird nun wieder aufgenommen und es erscheint nach dem Polizeipräsidenten Richter der bisherige preussische Finanzminister Abg. v. Richter als Zeuge. Er erklärt, daß er so wenig wie seine Vorgänger in der Lage gewesen sei, die Vorgänge in der Preussischen Staatsbank im einzelnen zu kontrollieren. Es kommt dabei zu einer längeren Auseinandersetzung über die Organisation der Staatsbank, die als ein bißchen veraltet erscheint. Staatsbankpräsident Schröder beruft sich im übrigen darauf, daß nach Aussagen Heilmanns Barmat noch im Juni vorigen Jahres voll zahlungsfähig gewesen sei. Man wendet sich nun wieder der

Vorgeschichte der Fälle Kautsky und Barmat

zu. Geheimer Finanzrat Hickmann, der von 1919 bis 1921 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Mittelverwertungsgesellschaft war, berichtet über die geschäftlichen Beziehungen dieser Gesellschaft zu Kautsky. Er bestritt, an der Empfehlung für Kautsky beteiligt gewesen zu sein, erklärt aber, daß Kautsky ihn einmal für persönliche Dienste habe in Anspruch nehmen wollen. Einen gesellschaftlichen Verkehr mit ihm habe er nie gehabt.

Der frühere preussische Ministerpräsident Hirsch folgt nun. Er soll in seiner früheren Eigenschaft als Stadtrat von Charlottenburg ausgesagen, wie die Barmats zu ihrer Wohnung gekommen sind. Auch hier lief alles auf Empfehlung hinaus; unter denen, die Barmat empfahlen, befanden sich Hölle, Lange-Hegemann, Staatsbankdirektor Hellwig und ähnliche Kornphän. Die kommunistischen Abgeordneten, die wieder im Saale sind, geraten mit Hirsch in eine Fehde, indem sie behaupten, daß er Gelder, die ihm von reichen Leuten zur Verfügung gestellt worden seien, zur Bekämpfung des Bolschewismus verwendet habe. Hirsch gibt dies offen zu und führt noch weiter aus, daß er von den ihm reichlich zur Verfügung gestellten Mitteln zahlreiche Zuwendungen zur Verringerung großer Not in den verschiedenen Volksteilen gemacht habe. Der Bolschewismus habe damals bekämpft werden müssen, weil er damals sogar die Polizei zu erschaffen drohte. Er sei stolz auf seine damalige Tätigkeit. Nach dieser Zeugenansage vertagte sich der Ausschuß auf unbestimmte Zeit.

Die Opfer der Grubenkatastrophe.

129 Vergleute tot.

Das Grubenfischeramt beim Ministerium für Handel und Gewerbe gibt über das Dortmund-Grubenunglück folgenden Bericht heraus:

Es sind 129 Vergleute tot. Davon sind bisher 121 geborgen worden. Außerdem wurden 6 Mann verlegt. Die Weiterführung ist wieder in Gang gesetzt; doch sind die betreffenden Baue noch in einem sehr schlechten Zustand. Die Aufräumarbeiten und Vergungsarbeiten werden mit aller Energie betrieben. Die Ursache der Katastrophe ist eine Explosion von Schlagwettern in Verbindung mit Kohlenstaub. Die Grubenfischerkommission des Bergamts Dortmund II tritt baldigst zusammen, um die näheren Ursachen des Unglücks zu erforschen. Die Beerdigung der Opfer findet wahrscheinlich am Montag statt.

Die Vergungsarbeiten.

Die Rettungsarbeiten haben sich äußerst schwierig gestaltet. Nach Angaben der Rettungsmannschaft waren die Sohlen 2 und 3 Freitag von Toten frei. Dagegen nahmen die Arbeiten auf Sohle 1 einen außerordentlich langwierigen Verlauf, vor allem, weil die noch nicht geborgenen Leichen hinter starken Bruchmassen liegen und der Ort zum Teil versumpft ist, was die Gefahr für die Rettungsmannschaften verstärkt. Immer wieder werden durch Gasvergiftung in Mitleidenschaft gezogene Rettungsleute zur Verbandsstube gebracht. Bei fünf von ihnen ist der Zustand bedenklich. Ein Rettungsmann ist gestorben.

Ursachen der Katastrophe.

Die Ursachen der Explosion sind noch ungeklärt. Weder die Verwaltung noch das Oberbergamt noch die Rettungsmannschaften können bestimmte Angaben machen. Es heißt, daß die verlegten Vergleute an einer Stelle gearbeitet haben, hinter der man vielleicht den Explosionsherd vermuten kann. Bestimmtes läßt sich erst feststellen, wenn sie vernehmungsfähig sind. Der zuständige Betriebsbeamte hat der Verwaltung gemeldet, daß er noch am Abend vorher sämtliche Betriebsstellen genau untersucht und sie betriebsfähig befunden habe. Die Gerichte, die über die Explosionsursachen in Umlauf sind, entbehren der Begründung. Zurzeit kann nur gesagt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat. Die Sicherung der durch die Explosion betroffenen Baue gegen den Kohlenstaub war beabsichtigt, aber noch nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebenen Verriegelungseinrichtungen waren vorhanden. Die einzelnen Abteilungen waren außerdem teilweise durch Gesteinsstaubhaupsperrern gesichert.

Der Reichskanzler an der Unglücksstätte.

In Begleitung des Staatssekretärs Kempner traf Reichskanzler Dr. Luther, von Karlsruhe kommend, in Dortmund ein. Zunächst wurde am Hauptbahnhof „Minister Stein“ haltgemacht und hier an Hand der Grubenkarte eine Erklärung des Grubenfeldes gegeben, auf dem sich das Unglück ereignete. Von dort wurde die Fahrt zum Wettertschacht 3 fortgesetzt. Hier angekommen, fand zunächst eine kurze Besprechung mit den Bergbehörden statt, worauf der Reichskanzler die Toten in der Leichenhalle besuchte. Beim Anblick der verstümmelten und verbrannten Bergknappen verlor der Kanzler vor Erschütterung fast die Haltung. Er ließ allen Betroffenen das Beileid der Reichsregierung aussprechen und trat dann die Rückfahrt nach dem Bahnhof an, um die Reise nach Berlin fortzusetzen, wo er mittlerweile eingetroffen ist.

Hilfsaktionen und Beileidskundgebungen.

Die Anteilnahme der Bevölkerung ist in ganz Deutschland außerordentlich groß. Gleich nach Bekanntwerden der Katastrophe sandte der Reichspräsident ein ausführliches Beileidstelegramm und überwies gleichzeitig als erste Beihilfe für die Hinterbliebenen aus seinem Dispositionsfonds 50 000 Mark. Inzwischen sind aus allen Teilen des Reichs, von Behörden und Einzelpersonen Beileidskundgebungen aller Art eingetroffen. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 62, hat auf dringendes Ersuchen des Reichspräsidenten in Ansbach im Einverständnis mit den maßgebenden Behörden eine Hilfsaktion für die notleidenden Hinterbliebenen eingeleitet. Spenden werden erbeten an die Zentrale der Deutschen Bank, Berlin, Konto „Deutsche Nothilfe, Dortmund-Grubenkatastrophe“, oder auf das Postcheckkonto der Deutschen Nothilfe, Berlin Nr. 420. Außerdem hat die Reichsgeschäftsstelle aus eigenen Beständen als erste Hilfe 10 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Prozeß gegen die deutsche Escheka.

(Dritter Tag.)

§ Leipzig, 13. Februar.

Die Sitzung beginnt mit einer kleinen Überraschung. Der Angeklagte Neumann den die Mitangeklagten als Epithel und Kronzeugen bezeichnen, ist nach seiner großen Anklage in seiner Zelle zusammengebrochen und hat sich den Schädel wund geschlagen. Seine ehemaligen Genossen und deren Verteidiger behaupten, daß er Epileptiker sei, und daß infolgedessen seine Aussagen als die eines nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen zu bewerten wären. Sein eigener Verteidiger spricht von einem Nervenzusammenbruch als Folge der von den andern Verteidigern gegen Neumann gerichteten konzentrischen Angriffe. Der Gefängnisarzt aber meint, daß es sich bei dem Anfall nicht um etwas Epileptisches, sondern um den Anfall eines Hysterikers gehandelt habe, und daß es etwas ganz anderes, Sichereres könne allerdings erst nach längerer Beobachtung festgestellt werden. Das Schlupfwort zu diesem Vorfall erhält Neumann selbst: er schildert seinen Zustand, erklärt sich für etwas erschöpft, betont aber, daß er durchaus verhandlungsfähig und vernunftgemäß sei. Die Vernehmung wird denn auch fortgesetzt und wendet sich der

Sprengstoffbeschaffung für die Terrorgruppen

zu. Neumann gibt zu, daß Sprengstoff, Handgranaten, Nitrobit, Zündschnur und andere Dinge dieser Art vorhanden gewesen seien. Der Endung hätten mehrere Broschüren über den Bürgerkrieg beigegeben. Die Verteidiger behaupten, daß diese Broschüren nichts Geheimnisvolles gewesen seien, da sie in zahlreichen Buchhandlungen ganz öffentlich verkauft worden wären.

Ein Brief an Trocki.

Der Vorsitzende erwähnt nun einen Brief, den Neumann im Dezember 1923 an Trocki geschrieben, aber nicht abgeschickt hat. Er spricht darin von neuen kommunistischen Kampfmethoden und empfiehlt u. a. die Anwendung des persönlichen Terrors. Außerdem befragt er sich darüber, daß er von der Parteileitung nicht genügend unterstützt werde. In zwei anderen, an Brandler gerichteten Briefen wird die mangelnde Unterstützung von neuem erwähnt; es seien z. B. die zur Ausführung des Seekt-Attentats angeforderten 5000 Dollar nicht gezahlt worden.

Es werden dann noch Einzelheiten über die Organisation der Escheka — Bedeutung des Hünferkomitees, des Direktors u. s. w. — besprochen, worauf die Vernehmung der einzelnen Fälle beginnt, und zwar mit der Erörterung des

Attentatsplanes gegen Seekt.

Seekt, gegen den zwei Terrorgruppen mobil gemacht wurden, sollte entweder durch eine Bombe getötet oder erschossen werden. Man verschaffte sich ein Bild des Generals, um ihn im gegebenen Augenblick zu erkennen, und beobachtete das Reichswehrministerium, um festzustellen wann der General das Gebäude zu verlassen pflege. Zuerst beschloß man, Seekt während eines Morgenritzes im Berliner Tiergarten vom Pierde zu schießen und dann in einem Auto die Flucht zu ergreifen.

Der Verteidiger Kautskys verhaftet.

Nächtliche Festnahme Dr. Werthauers.

Der Syndikus der Kautsky-Unternehmungen und der Verteidiger Kautskys, Justizrat Dr. Werthauer, ist von der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Beteiligung Werthauers an strafbaren Handlungen Kautskys verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte Freitag nacht auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin, wo Dr. Werthauer von einer Reise nach Dresden ankam. Die Verhaftung hat in Berlin das größte Aufsehen erregt, da Dr. Werthauer einer der bekanntesten Berliner Anwälte ist. Dr. Werthauer wird insbesondere zur Last gelegt, daß er an der Verwertung des verfallenen Samauer Zagers beteiligt gewesen sein soll.

Die Ruhrentschädigungen.

Neue Anfragen an die Regierung.

Das Berliner Tageblatt befaßt sich erneut eingehend mit der Frage der Ruhrentschädigungen und verweist auf die Ende Februar 1923 der „Hila“ angeforderte Kredithilfe für die besetzten Gebiete, deren Darlehen ausschließlich zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Betriebe und zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel, nicht aber zur Erweiterung bestehender und Errichtung neuer Unternehmungen dienen sollten. Wenn ein Unternehmer auf Grund der Unterstützungen der Hila einen Gewinn erzielen sollte, der über eine Verzinsung des Stammkapitals und eine angemessene Entlohnung für die Unternehmertätigkeit hinausgeht, so sollte bestimmungsgemäß die Hila an diesem Gewinn beteiligt sein. Das Blatt fragt nun

1. Wieviel Gelder diese Kredithilfe beim Reichswirtschaftsministerium im Laufe des Ruhrentschädigungs von der Reichsbank angefordert hat,
2. welche Firmen Gelder und in welcher Höhe erhalten haben,
3. in welchen Fällen die Hila an Gewinnen beteiligt wurde.

Zur Frage der sogenannten Lohnsicherung fragt das Blatt die Regierung, welche Maßnahmen zur Feststellung ergriffen worden sind, ob die Lohnsicherung nur zur Fortführung des Betriebes gedient, oder ob und welche Betriebe die Lohnzuwendungen zum Ausbau, zur Ergänzung oder Erweiterung ihrer Unternehmungen benutzt haben, ferner ob in diesem Falle bei den Ende v. J. gezahlten Ruhrentschädigungen diese Tatsache entsprechend berücksichtigt worden ist.

Lokales und Provinzielles.

Salzer, den 16. Februar 1925.

Arbeit und Andacht.

Ev. Luc. 10, 42: Eins aber ist not. Maria hat das gute Teil erwählt, das soll nicht von ihr genommen werden.

Eins ist not! Das ist eine Warnung, die Jesus ausspricht zu einer Frau, die sich viel Arbeit macht. Seine Warnung gilt allen, die gern und viel arbeiten, also ganz besonders uns Deutschen in dieser Zeit, die wir mehr arbeiten müssen als je, und denen von allen Seiten die Arbeit als alleiniges Heilmittel zum Vorwärtkommen angepriesen wird. Jesus denkt darüber anders. Er denkt nicht gering von der Arbeit. Wirken, solange es Tag ist, es kommt die Nacht, da niemand wirken kann — danach hat er selbst gehandelt. Aber nichts als Arbeit: da wird die Arbeit zum Gößen gemacht. Und das ist nicht gut. Man muß auch einmal ruhen und andächtig sein können. Sonst läßt man sich die Quellen verschütten, aus denen wahre Arbeitsfreudigkeit und -kraft in die Seele fließen; der Seele wird das Besie genommen und sie verflummert. So war's mit der Martha, so ist's bei uns. Wir kommen von Weihnachten. Hat nicht auch da das ewige Arbeiten für's Fest die Andacht verdrängt, ihm zu lauschen, der da zu uns kam, um uns zu segnen, und uns um den Segen des Festes gebracht? Wir stehen vor der Passion — soll's da wieder ebenso sein? Man merkt der Martha die Nervosität der Abgehenden an. Wie freudig wird Maria nach dem Besuch die Arbeit wieder aufgenommen haben! O daß wir wieder lernten, andächtig sein! Wir würden wahrhaft vorwärtkommen, wir einzelnen und unser Volk. „Eins ist not!“ P. S. W.

□ Zur Wetterlage. Ende der ersten Februarwoche schien es so, als sollte ein Witterungsumschlag mit Übergang zum Winterwetter kommen. Nach den schweren Stürmen, die von mehreren starken, über Nord- und Ostsee ziehenden Tiefdruckwirbeln verursacht worden waren, trat Mitte der zweiten Februarwoche auch eine gewisse Stabilisierung der Wetterlage ein. Die Temperaturen erreichten in der ersten Hälfte der Woche sozusagen sensationelle Höhen. In Norddeutschland stieg die Quecksilbersäule auf 12 bis 14, in Schlesien stellenweise sogar bis auf 16 Grad Wärme. In Berlin lag am 11. Februar die Tagesdurchschnittstemperatur beinahe 10 Grad über dem Normalwerte. Gegen Ende der zweiten Februarwoche trat in Mittel- und Süddeutschland ein erheblicher Temperaturrückgang ein, der auch auf Norddeutschland nicht ohne Einwirkung blieb. Da jedoch vom Ozean her neue Tiefdruckwirbel im Anzuge zu sein scheinen, ist auch für die nächste Zeit die Devis: veränderlich mit wiederholten Niederschlägen.

□ Erweiterte Zulassung zur Reiseprüfung in Preußen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, können junge Leute, die früher eine höhere Lehranstalt nicht besucht haben, zur Reiseprüfung zugelassen werden, sobald ihre Vorbereitung darauf so weit abgeschlossen erscheint, daß ein günstiger Erfolg der Prüfung einigermaßen wahrscheinlich ist; hierbei ist nicht darauf Rücksicht zu nehmen, ob und wann sie als Nichtschüler die Schlußprüfung abgelegt haben.

□ Warnung vor der Befüllung des holländischen Flederreinigungsmittels Naco. Eine holländische Aktiengesellschaft „Naco“ im Haag unterhält seit Monaten in allen Teilen des Reichs eine umfangreiche Propaganda durch Rundschreiben, Druckchriften und Zeitungsinsertate, um ihr Flederreinigungsmittel Naco in Deutschland abzusetzen. Die Einfuhr dieses Flederreinigungsmittels ist gesetzlich verboten. Die Naco liefert zunächst nur gegen Voreinsendung des Warenpreises. Auf ihre Angebote, die einen schnellen und großen Verdienst versprechen, sind zahlreiche

